

„Unsere Generation will es nicht ausbaden!“

Fridays for Future demonstriert seit Sommer 2018 in aller Welt für eine bessere Klimapolitik. Wir haben mit Filibert Heim (18 Jahre aus Melchow, Barnim), einem Koordinator von Fridays for Future Brandenburg, gesprochen. Das Interview hat Timm Buchholz am 12. Juli 2019 in einem Café im Berliner Hauptbahnhof geführt.

VCD: Hallo Filibert, schön dich zu sehen. Du hast viel Gepäck dabei. Wo geht es hin?

FH: Hallo Timm, danke für das Gespräch, ich fahre mit Freund*innen in den Urlaub nach Rumänien. Natürlich mit dem Zug.

VCD: Findest du, jede*r muss zum Klimaschutz etwas beitragen oder ist das hauptsächlich Aufgabe der Politik?

FH: Die Klimakrise ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, bei dem wir alle an einem Strang ziehen müssen. Jeder kann seine eigenen Lebensweise überdenken und anpassen und so zum Erfolg beitragen, jedoch dürfen wir Klimaschutz nicht ins Private abschieben. Hier ist die Politik gefragt, denn die primären Emissionsverursacher, wie Energiewirtschaft und Großindustrie, können nicht allein über individuelle Konsumententscheidungen reguliert werden.

VCD: Also sind Verbote von Inlandsflügen, fleischfreie Tage oder ein Verzicht von Obst aus Übersee im Winter keine Lösung?

FH: Verbote greifen die Freiheit und Liberalität des Individuums und damit das Prinzip der liberalen Gesellschaft an. Der Staat versucht bisher durch Subventionen und Steuern das Konsumverhalten zu lenken. Bei Fridays for Future wird diskutiert, wie weit der Staat eingreifen darf. Meine persönliche Meinung ist, dass der Staat keine generellen Verbote aufstellen sollte. Es gibt intelligentere Maßnahmen.

VCD: Ziel eurer Streiks ist es, auf Missstände aufmerksam zu machen. Habt ihr auch Lösungen oder überlasst ihr das den Politiker*innen?

FH: Das hat sich in der letzten Zeit gewandelt. Ursprung war, das 1,5 Grad Ziel vom Pariser Klimaschutzabkommen zu erreichen. Die Politik redet immer viel, handelt aber wenig, deshalb haben wir Denkanstöße geliefert, daraus sind unsere Forderungen entstanden, die notwendig sind um dieses Ziel zu erreichen. Das sind jedoch keine fertigen Lösungen. Lösungen existieren seit Jahren von der Wissenschaft, die Politik muss sich jedoch nur bedienen und diese konsequent umsetzen. Wir Schüler*innen machen den politischen Druck, denn „unsere Generation will es nicht ausbaden“.

VCD: In euren Forderungen finden sich folgende Ziele: „CO₂-Nettonull 2035“, „Kohleausstieg 2030“ und „100 Prozent erneuerbare Energieversorgung 2035“. Sind das realistische Ziele und wie sollen diese erreicht werden?

FH: Es muss realistisch sein, auch mit der derzeitigen Politik. Unser Ziel steht im Mittelpunkt, nicht die Partei/Koalition, die es umsetzt. Aber wenn zur Erreichung der Ziele ein Regierungswechsel notwendig ist, begrüßen wir das.

VCD: Bis Ende 2019 wollt ihr außerdem das „Ende der Subventionen für fossile Energieträger“, „Ein Viertel der Kohlekraftwerke abschalten“ und eine „Steuer auf alle Treibhausgasemissionen“. Wie sind die Reaktionen aus der Politik und habt ihr die Hoffnung, dass es klappt?

FH: Es gab bisher keine wirklichen inhaltlichen Antworten aus der Politik auf unsere kurzfristigen Forderungen. Das Einzige, was derzeit diskutiert wird, ist eine CO₂-Steuer, hier hat Fridays for Future

die Debatte angestoßen, wir finden den Preis von 20 Euro pro Tonne jedoch viel zu niedrig. Wir wollen einen Einstiegspreis von 60 Euro pro Tonne, hoch auf 180 Euro pro Tonne. Hier sollen die Bürger*innen jedoch einen Teil wiederbekommen, in Abhängigkeit von der Einkommensschicht und der persönlichen Konsum- und Lebensweise. Hierbei greift die Möglichkeit des Staates, eine lenkende Wirkung sowohl in Wirtschaft als auch bei Privatpersonen zu erreichen, ohne Verbote verwenden zu müssen.

VCD: Kritiker*innen werfen euch vor, dass ihr der Lausitz und anderen Kohle-Regionen schaden wollt. Was entgegnet ihr?

FH: Wir denken wahrscheinlich weiter als andere und wir wissen auch, was es für die Regionen bedeutet. Wir sehen aber einen globalen Handlungsbedarf und am schnellsten kann man nun mal bei der Kohle einsparen. Hier gibt es eine interessante Studie, wie uunter anderem durch Tourismus und erneuerbare Energien Arbeit und Wirtschaft in der Lausitz transformiert werden können.

VCD: Deutschland ist nur für rund 2 Prozent am weltweiten CO2-Ausstoß verantwortlich. Was entgegnet ihr Menschen, die erst andere Länder gefordert sehen?

FH: Als Industriestaat mit einem hohen Wohlstand können und müssen wir eine Vorreiterrolle einnehmen.

VCD: Was entgegnet ihr Menschen und Parteien, die den menschengemachten Klimawandel leugnen bzw. sich der Dramatik nicht bewusst sind?

FH: Die wissenschaftlichen Fakten sind eindeutig, dass der Mensch zum Großteil verantwortlich ist. Warum geleugnet wird, wissen wir auch nicht. Vielleicht stehen wirtschaftliche und finanzielle Interessen dahinter. Es ist wichtig aufzuzeigen, dass keine Nachteile durch eine Energiewende entstehen, wir müssen diese nicht begründeten Ängste weiter widerlegen.

VCD: Ministerpräsident Woidke lobt euer Engagement, aber kritisiert zugleich den Schulausfall. Passt das zusammen und fühlt ihr euch ernst genommen?

FH: Nein, das passt nicht zusammen. Wenn er unser Engagement und unsere Ideen ernst nehmen würde, würde er anders reagieren. Das brechen von Regeln ist ein Instrument für uns, um unseren Anliegen Gehör zu verschaffen. Er kann ganz einfach bewirken, dass wir wieder zur Schule gehen, nämlich in dem er endlich mal anfängt etwas zu machen für den Klimaschutz. Außerdem streiken wir auch in den Ferien, wie man derzeit sehen kann.

VCD: Wie weit würdet ihr den zivilen Ungehorsam treiben?

FH: Es gibt keine einheitliche Linie bei Fridays for Future. Unser Schulstreik an einem Tag in der Woche hat seinen Platz gefunden und wird gesellschaftlich akzeptiert. Es gibt keine große Debatte mehr zum Schule schwänzen, da wir auf einer inhaltlichen Ebene diskutieren und nicht auf so extremen Aktivismus wie andere Bewegungen setzen.

VCD: Im Grundgesetz steht, dass man sich „ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich versammeln“ darf, und in der Landesverfassung steht die Schulpflicht. Was wiegt für euch mehr?

FH: Schüler*innen befassen sich wenig mit Gesetzen aber unser Protest für das Klima ist wichtiger als die Schulpflicht. Im Grundgesetz und der Landesverfassung ist auch der Schutz der natürlichen Ressourcen in Verantwortung für zukünftige Generationen verankert. Man könnte auch die Regierung fragen, was für sie mehr aufwiegt?

VCD: Hat einer von euch schon Ärger bekommen? Von der Schule oder privat?

VCD Landesverband Brandenburg

FH: Einige haben schon Ärger bekommen, aber viele lassen sich für die Demonstrationen entschuldigen. Einige Lehrer*innen haben die Demonstrationen auch befürwortet und sind sehen das entspannt.

VCD: Ihr steckt viel Zeit und Energie in eure Arbeit. Wie koordiniert ihr euch in einem Flächenland wie Brandenburg und wie viele Mitglieder und Ortsgruppen seid ihr?

FH: Wir sind 16 basisdemokratische Ortsgruppen (u.a. Brandenburg an der Havel, Cottbus, Neuruppin und Strausberg) ohne Altersbeschränkung, diese entsenden zwei bis drei Delegierte, welche für die Kommunikation auf Landes- und Bundesebene zuständig sind. Viel läuft dabei über Chats.

VCD: Habt ihr in Brandenburg auch eine Identifikationsfigur, wie Greta Thunberg oder Luisa Neubauer?

FH: Nein, wir sind viele engagierte Schüler*innen und brauchen das in Brandenburg nicht.

VCD: Wissenschaftler*innen (Scientists for Future), Eltern (Parents for Future), Künstler*innen (Artists for Future), Firmen (Entrepreneurs for Future) und andere "for Future"-Gruppen unterstützen euch. Sind weitere Unterstützer*innen in Aussicht und glaubst du, Fridays for Future könnte zu einer dauerhaften, globalen Bewegung werden, über Altersgrenzen hinweg?

FH: Die "for Future"-Gruppen zeigen, wie wichtig das Thema Klimaschutz in der Gesellschaft ist. Es ist ein guter Anfang, aber wenn die Politik nichts macht, werden wir noch größer und erzeugen so weiter Druck auf die Politik.

VCD: In Städten weltweit rufen junge Menschen den „Klimanotstand“ aus, zeigen also, dass die bisher ergriffenen Maßnahmen nicht ausreichend sind. In Deutschland sind es bisher über 30 Städte, davon keine aus Brandenburg. Der Landtag lehnte erst vor kurzem einen Antrag der Grünen ab. Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Wolfgang Roick, erwiderte „Brandenburg ist kein Notstandsland“.

FH: Der Landtag und die Landesregierung unter rot-rot zeigen, wie weit sie beim Thema Klima sind, wenn sie nicht mal einen formalen Akt unterstützen können. Natürlich ist es nur ein symbolischer Akt, wir brauchen konkrete Maßnahmen. Eigentlich müsste bei jedem Gesetz auch immer der ökologische Faktor berücksichtigt werden.

VCD: Der Wissenschaftler Henning Schluß aus Oranienburg will den Klimanotstand in Brandenburg mittels Volksinitiative beschließen. Wird sich Fridays for Future beteiligen?

FH: Nein, weil es nur Symbolpolitik ist. Wir bleiben bei unseren konkreten Forderungen.

VCD: Fridays for Future ist ja eine Bewegung, kein Verein und keine Partei. Wie siehst du das Engagement von euch in fünf Jahren?

FH: Hoffentlich handelt die Politik schnellstmöglich, dass wir bis dahin nicht mehr existieren.

VCD: Am 1. September sind Landtagswahlen in Brandenburg. Wird sich Fridays for Future irgendwie positionieren?

FH: Wir diskutieren gerade, wie wir uns einbringen können. Es wird jedoch keine Wahlempfehlung geben. Jede*r kann sich mit Hilfe unserer Forderungen ein eigenes Bild machen.

VCD: Wie steht Fridays for Future zur Absenkung des Wahlalters?

VCD Landesverband Brandenburg

FH: Viele Aktive fänden das gut, es gibt jedoch keine einheitliche Linie. Jugendbeteiligung sehen wir als wichtig an und geht über Wahlen hinaus. Mit unseren Demonstrationen beteiligen wir uns auch aktiv an der Demokratie.

VCD: Kennst du unsere verkehrspolitischen Forderungen zur Landtagswahl? Wir fordern unter anderem den Anteil des Öffentlichen Verkehrs in Brandenburg bis 2035 zu verdoppeln, eine stärkere Förderung des Radverkehrs und Abbau der Subventionen aller Flughäfen.

FH: In vielen Punkten stimmen unsere Mitglieder euch zu. Die Verkehrswende ist ein Teil, um die Klimakrise zu stoppen. Wir müssen vor allem weg vom Individualverkehr hin zu mehr ÖPNV.

VCD: Vielen Dank für das Gespräch und viel Spaß im Urlaub.

FH: Auch dir vielen Dank.